



An den
Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz
Herrn Heiko Maaß
Mohrenstraße 37
10117 Berlin

Ansprechpartner:
Zentralverband deutscher
Konsumgenossenschaften e.V.
Baumeisterstr. 2
20099 Hamburg
Tel.: 040 – 2 35 19 79 – 0
Mail: fiedler@zdk.coop

Hamburg, den 23.2.2016

**Offener Brief
Rechtsform für das wirtschaftliche bürgerschaftliche Engagement**

Sehr geehrter Herr Bundesminister Maaß,

wir wenden uns an Sie, um Sie zu bitten, das Gesetzgebungsverfahren bezüglich einer „geeigneten Rechtsform für das bürgerschaftliche Engagement“ auf den Weg zu bringen.

Die unterzeichnenden Verbände, Organisationen und Unternehmen setzen sich seit langer Zeit für eine rechtssichere, unbürokratische Rechtsform für kleine Geschäftsbetriebe im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements ein.

Wir sehen hier einen Bedarf, weil

- Rechtsformen, die üblicherweise für Unternehmen gewählt werden (GmbH, GbR etc.), für wirtschaftliche Selbsthilfe in demokratischen Strukturen meist ungeeignet sind,
- die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft für Kleinunternehmen wegen des bürokratischen und finanziellen Aufwands (u.a. der Pflichtprüfung) häufig nicht geeignet ist,
- die Rechtsform des eingetragenen Vereins wegen der ideellen Ausrichtung nicht mehr für alle Arten von wirtschaftlichen Aktivitäten als zulässig angesehen wird und
- die Rechtsform des wirtschaftlichen Vereins nicht flächendeckend von allen Bundesländern gleichermaßen für entsprechende Aktivitäten geöffnet wird.

Hinsichtlich der eingetragenen Genossenschaft hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) eine Studie in Auftrag gegeben. Diese attestiert grundsätzlich eine große Zufriedenheit der Genossenschaften mit der Rechtsform, sieht aber auf der anderen Seite für genossenschaftliche Kleinunternehmungen einen Handlungsbedarf, auch bezüglich der rechtlichen Rahmenbedingungen.

Bei den eingetragenen Vereinen gibt es seit einiger Zeit eine große Unsicherheit hinsichtlich der Reichweite des Nebenzweckprivilegs. Manche Vereinsregister legen den Begriff zunehmend restriktiver aus. Hier bedarf es offenbar einer Klarstellung. Für viele Initiativen stellt sich aber jetzt die Frage, welche Rechtsform sie wählen können, wenn der eingetragene Verein nicht (mehr) zulässig ist. Die eingetragene Genossenschaft ist es wegen des höheren Aufwandes meist nicht.

Auch der wirtschaftliche Verein ist in aller Regel keine Alternative. Zwar werden in den Bundesländern ohne Probleme im landwirtschaftlichen Bereich Erzeugergemeinschaften als wirtschaftliche Vereine zugelassen, in anderen Bereichen ist eine Zulassung dagegen sehr schwer. Eine Petition beim Deutschen Bundestag, die hier auf eine Änderung abzielte, ist kürzlich vom Bundestag abgelehnt worden.

Die Landesjustizminister signalisieren diesen Bedarf ebenfalls und haben am 12. November 2015 einstimmig gefordert, „dass (für) bürgerschaftliches Engagement (...) eine geeignete Unternehmensform im Genossenschafts- oder Vereinsrecht für diesen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb zur Verfügung stehen“ muss.

Nachdem nun die Studie einen entsprechenden Bedarf festgestellt hat, die Bundesländer eine entsprechende Bundesgesetzgebung begrüßen würden, ist es an der Zeit, die Vereinbarung im Koalitionsvertrag umzusetzen. Denn dort wurde genau das vereinbart, was wir fordern, nämlich: „Wir wollen die Gründung unternehmerischer Initiativen aus bürgerschaftlichem Engagement (z. B. Dorfläden, Kitas, altersgerechtes Wohnen, Energievorhaben) erleichtern. Für solche Initiativen soll eine geeignete Unternehmensform im Genossenschafts- oder Vereinsrecht zur Verfügung stehen, die unangemessenen Aufwand und Bürokratie vermeidet.“

Mit freundlichen Grüßen



Mathias Fiedler
Vorstandssprecher
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

Mitunterzeichner:

Bundesarbeitsgemeinschaft der
Lebensmittelkooperativen e.V.

Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen
(BAGE) e.V.

Bundesverband der Freien Alternativschulen
e.V. (BFAS)

Bundesverein zur Förderung des
Genossenschaftsgedankens e.V.

Dachverband Berliner Kinder- und
Schülerläden (DaKS) e.V.

Deutscher LandFrauenverband e.V.

DORV-Zentrum GmbH

Forum Solidarische Ökonomie e.V.

Gemeinwohl-Ökonomie Berlin-Brandenburg
e.V.

innova eG

InWest eG

Mietshäuser Syndikat

NETZ für Selbstverwaltung und Kooperation
Berlin-Brandenburg e.V.

NETZ für Selbstverwaltung und
Selbstorganisation e.V.

NETZ Kompetenzzentrum für
Selbstverwaltung und Kooperation Berlin-
Brandenburg eG

Netz NRW - Verbund für Ökologie und
soziales Wirtschaften e.V.

Ouishare Deutschland

STATTBAU HAMBURG GmbH

Weltladen-Dachverband e.V.

Wogeno München eG

wohnbund e.V.